

Protokoll:

Rm Schumann-Dreyer verweist auf die Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss am 18.06.2012. Sollte die Planstraße wie ursprünglich vorgesehen realisiert werden, würde sich die Bebauung Richtung Süden verschieben.

Herr Beigeordneter Prümm erklärt, dass dem Investor in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18.06.2012 zugesagt worden sei, die künftige Bebauung so auszurichten, wie der beauftragte Planer dies vorgesehen habe.

61/Herr Hastenteufel erläutert die vorgesehene Bebauung anhand eines Planes.

Rm Schumann-Dreyer hält die vorgesehene Art der Bebauung für zu massiv und zu dicht.

Herr Beigeordneter Prümm verweist auf die Lärmschutzproblematik im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 73.

Auf Nachfrage von Rm Schumann-Dreyer, ob mit dem Investor der Abschluss eines städtebaulichen Vertrages beabsichtigt sei, verweist 62/Herr Sauerborn auf den Kaufvertrag. Der Investor werde auch einen Erschließungsvertrag abschließen und die noch zu errichtende Straße herstellen.

62/Herr Sauerborn erläutert die Vorteile, die der Stadt bei der Vermarktung der Flächen entstehen. Der Investor sei über die künftigen Festsetzungen des Bebauungsplanes informiert. Er habe sich bereit erklärt, mit der Baumaßnahme im Herbst dieses Jahres zu beginnen.

Rm Schumann-Dreyer spricht sich dafür aus, den Investor zu verpflichten, eine ausreichende Zahl von KITA-Plätzen nachzuweisen. Außerdem regt sie an, die Überlegungen zur Ausweisung einer Buslinie zum Reha-Zentrum hinsichtlich der künftigen Bebauung erneut aufzugreifen. Möglicherweise könne durch das künftige Wohngebiet die Buslinie bis zum Reha-Zentrum erweitert werden.

61/Herr Hastenteufel erklärt, dass durch eine riegelförmige Bebauung zur Peter-Klößner-Straße hin der Lärmschutz für eine angrenzende Wohnbebauung erst ermöglicht wird.

Auf Nachfrage von Rm Keul-Göbel, ob im Bereich des Bebauungsplangebietes Nr. 73, Teil A, Verunreinigungen des Bodens erwartet werden, verweist 61/Herr Hastenteufel auf ein Bodengutachten; dieses sehe vor, die vorhandene Betonplatte zu entfernen. Unter der Betonplatte seien keine Verunreinigungen des Erdreiches zu erwarten.

Der Fachbereichsausschuss IV stimmt der Vorlage einstimmig ohne Stimmenthaltungen zu.